

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Spanien in Erregung.

## Der Diktator läßt planlos verhaften. — Von der Armee verlassen.

Paris, 1. Juli. (WIB.) „Deuvre“ veröffentlicht eine Depesche seines Privatkorrespondenten aus Hendaye (an der spanischen Grenze zwischen Biarritz und San Sebastian) über die Ereignisse in Spanien. Darin heißt es, die Diktatur lasse weiter Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vornehmen. Mehr als 400 Militärpersonen befanden sich in Häft, die Gefängnisse seien überfüllt. Man habe General Ugullers, der, auf der Durchreise nach Valencia begriffen, zusammen mit General Bales in Tarragona festgenommen und ins Madrider Gefängnis eingeliefert worden war, veranlassen wollen, zurückzunehmen, was er in seiner Kundgebung erklärt habe. Der General habe aber seine Behauptungen bekräftigt und hinzugefügt, er sehe die Regierung Primo de Rivera als unmoralisch an. Der ehemalige Präsident des Kongresses, der bekannte spanische Redner Melgosa des Alvaros sei gestern festgenommen worden. Außerdem sei die Weisung erteilt worden, den früheren liberalen Ministerpräsidenten Graf Romanones zu verhaften. Dieser habe sich jedoch rechtzeitig im Automobil aus seinem bei Madrid gelegenen Sitz geschlüpft und befinde sich nunmehr in einem Hotel in Hendaye. Da die Diktatur von der Armee im Stich gelassen worden sei, stütze sie sich nunmehr auf die Polizeiorgane und stelle auf gut Glück Verfolgungen an. Da sie nicht wisse, wer an der Spitze der Verschwörung stehe, so sei z. B. eine Tochter des Generals Luque in Madrid festgenommen worden. Alle diese Ereignisse riefen in Spanien eine starke Erregung hervor, und aus Spanien

kommende Reisende versicherten, daß das Land am Vorabend tiefgreifender Veränderungen stehe. Die Zensur lasse unparteiische Berichte über die Ereignisse nicht zu.

### Attentatsfurcht in Paris.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Mit der Abreise des Königs von Spanien, die am Mittwoch erfolgte, ist der Pariser Polizei ein Stein vom Herzen gefallen. In den letzten Tagen sind verschiedene spanische Anarchisten unter dem Verdacht festgenommen worden, auf den König und die Königin von Spanien während ihres Pariser Aufenthalts ein Attentat zu beabsichtigen. Zwei der festgenommenen Anarchisten sind in Spanien gesuchte Bankräuber. Man fand bei ihnen hohe Geldsummen.

Das „Petit Journal“ erklärt, daß die französische Regierung den König von Spanien vor seiner Abreise offiziell eingeladen habe, an der großen Truppenparade am 14. Juli in Paris teilzunehmen. Zu dieser Veranstaltung wird auch der Sultan von Marokko anwesend sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der General Primo de Rivera, wenn die politische Lage es ihm gestattet, bei dieser Gelegenheit seinen offiziellen Besuch in Paris machen wird. Der französische Panzerkreuzer „Paris“, der an der Beschickung der Bucht von Alhucemas teilgenommen hat und von mehreren Rihombomben getroffen wurde, ist ausgewählt worden, um den Sultan von Marokko mit seiner Begleitung zu dem offiziellen Besuch in Paris abzuholen.

### Die Zölle im Handelspolitischen Ausschuss.

Die Regierungsparteien suchen nach einem Kompromiß. Der Handelspolitische Ausschuss, der heute bereits auf 9 Uhr einberufen war, konnte in eine Beratung deshalb nicht eintreten, weil die Vereinbarungen der Regierungsparteien den Mitgliedern noch nicht vorlagen. Die Situation ist außerordentlich ernst dadurch, daß bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung vor der Tagung des Reichstags die autonomen Zölle, die für Getreide 7 resp. 7,50 M. ausmachen, automatisch in Kraft treten würden. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion in Übereinstimmung mit der Eingabe der Gewerkschaften einen Antrag auf Verlängerung der zurzeit geltenden niedrigeren Lebensmittelzölle eingebracht und wird diesen Standpunkt in den weiteren Beratungen energisch verteidigen. Im übrigen sind bereits innerhalb der Regierungsparteien über das gestern nacht zustande gekommene Kompromiß wieder Differenzen eingetreten, so daß eine neue Beratung des Ausschusses wahrscheinlich nicht vor morgen vormittag stattfindet. In diesem Kompromiß war für Roggen ein Zollfuß von 5 M., für Weizen ein Satz von 5,50 M. in Aussicht genommen. Neben den Getreidezöllen spielten eine große Rolle die Zölle auf animalische Produkte, bei denen gleichfalls von unserer Seite auf Aufrechterhaltung der zurzeit geltenden niedrigen Sätze bestanden wird.

### Die Regierungsparteien dementieren.

Von unterrichteter Seite wird dem WIB. mitgeteilt, daß der in verschiedenen Organen der heutigen Berliner Morgenpresse enthaltene Bericht die Besprechungen, welche innerhalb der Regierungsparteien über den schwedischen Handelsvertrag und die Lebensmittelzölle am gestrigen Tage im Reichstage stattgefunden haben, nicht zutreffend wiedergibt, insbesondere soweit er bestimmte von der Reichsregierung bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen geplante Maßnahmen in Aussicht stellt.

### Das Fürstengericht.

#### Die Vorschläge für die Besetzung.

Das Reichskabinett hat den Regierungsparteien eine Liste mit den Namen der für das Reichsgericht in Aussicht genommenen juristischen Persönlichkeiten und Richtjuristen übermittelt. Die Liste enthält 24 Vorschläge, von denen neun als Hauptrichter und neun als Stellvertreter in Frage kommen. Parlamentarier befinden sich unter diesen in Aussicht genommenen Kandidaten nicht.

### Feilschende Krämer.

#### Die „Kölnische Zeitung“ über die Fürsten.

Die Antwort des Herrn v. Berg, des Bevollmächtigten der Hohenzollern, bringt jetzt auch die „Kölnische Zeitung“ in Harnisch. Von ihr war der Vorschlag ausgegangen, die Fürsten möchten durch ein weitgehendes materielles Entgegenkommen die Schwierigkeiten im Reichstag beseitigen helfen. Die Antwort war, wie nicht anders zu erwarten, eine glatte Ablehnung. Das zwingt jetzt selbst ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ zu folgender Feststellung:

„Man muß feststellen, daß die Geistesverfassung, von der aus die Bevollmächtigten der Fürsten die Interessen ihrer Auftraggeber wahrnehmen, von einer köpfigen Gestalt, die eine entsprechende

Zat voraussetzt, reichlich weit entfernt ist und sich vielmehr den Anschauungen eines kleinen, feilschenden Krämers nähert.

Die Vertreter der Fürsten scheinen noch gar nicht begriffen zu haben, daß die materiellen Interessen der Fürsten erst in zweiter Linie zur Verhandlung stehen, daß in erster Linie aber die Frage der Fürstenabfindung nicht zuletzt durch die Schuld dieser Herren zu einer hochpolitischen Aktion ausgemacht ist, von der die zukünftige Orientierung der gesamten deutschen Innenpolitik und damit die politische Zukunft des Reiches abhängt.

Wir sind nur zu gut davon unterrichtet, daß die Fürstenvertreter immer noch nicht das nötige Verständnis dafür haben, daß der Ausgangspunkt einer wirklich vornehmen königlichen Tat nicht früher abgeschlossene Verträge, sondern das derzeitige Kompromißgesetz sein muß und daß große Kreise des deutschen Volkes bis in die Rechtsparteien hinein die Auffassung vertreten, daß es moralische Pflicht der früheren Fürstenhäuser gewesen sei, durch materielle Opfer fürstlichen Stils dem deutschen Volke schwere innerpolitische Krisen zu ersparen.

Diese Hoffnungen waren vergebens und werden vergebens bleiben. Die Fürsten haben bei dem ganzen Abfindungsstreit gezeigt, was Geistes Kinder sie sind. Ihr moralischer Verlust an Ansehen in den Kreisen, die ihnen am nächsten standen, wiegt jedenfalls politisch schwerer als alle materiellen Güter, um die sie hartnäckig schachern.

### Das Ausnahmerecht in England.

#### Um einen Monat verlängert.

London, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus stimmte am Mittwoch mit 278 gegen 119 Stimmen einer Verlängerung der Ausnahmegesetzgebung und des Notverordnungsrechts der Regierung, die seit Ausbruch des Bergarbeiterstreiks in Kraft sind, um einen weiteren Monat zu.

Im Verlauf der Debatte erklärte der Arbeitsminister, daß der Lohnausfall während der 10 Tage des Generalstreiks annähernd 16 Millionen Pfund betragen habe.

### Wer will unter die Soldaten?

#### Rußlands Schuljugend wird militärisch ausgebildet.

Moskau, 1. Juli. (TU.) Der Rat der Volkskommissare hat das Projekt des Kriegsministers Woroschilow über die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung der Jugend in Volksschule, Mittelschule und Hochschule bestätigt. Die Ausbildungspflicht soll am 1. August nach Befestigung seitens des zentralen Volkzugskomitees eingeführt werden. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht auch die Verfüzung der Militärdienstzeit in der Roten Armee. Diese Maßnahme wird aus Sparmaßnahmerücksichten vorgenommen.

Die kommunistische Partei Württembergs hat den früheren Reichs- und Landtagsabg. Hans Stetter wegen fortgesetzter parteischädigender Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen. Stetter hatte in einer kommunistischen Parteiverammlung in Schweningen den vor einiger Zeit gleichfalls aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Landtagsabg. Haller in Schutz genommen, indem er sagte: „Es gibt noch andere korrupte Gestalten, die man hinauswerfen muß.“

Die russisch-französischen Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Es war nicht möglich, auch nur über eine wichtige Frage eine Einigung zu erzielen. Es ist möglich, daß die Besprechungen im Spätherbst von neuem begonnen werden.

Der tschechische Außenminister Beneš hat auf Verlangen seiner Partei das Abgeordnetenmandat zur Kammer niedergelegt.

### Ein verkanntes Problem.

#### Arbeitszeitkontroversen und Betriebsintensivierung im Handelsgewerbe.

Von Warenhausbesitzer Willi Cohn-Halberstadt.

Es ist typisch für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, daß bei der gegenwärtigen Zuspitzung der Wirtschaftskrise die Versuche, eine Steigerung der Rentabilität im Handelsgewerbe durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen, wieder stark in den Vordergrund getreten sind. Auch die Zulassung von Sonntagsarbeit spielt dabei eine erhebliche Rolle. Der Gesekentwurf der Wirtschaftlichen Vereinigung sieht das in weitem Umfang vor, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Gesekentwurf die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe verlangt.

Es handelt sich bei den gegenwärtigen Erörterungen um zwei Dinge: um die Abänderung des 7-Uhr-Ladenschlusses und um die Aufhebung der Sonntagsruhe. Da in beiden Fragen im wesentlichen mit den gleichen Argumenten gekämpft wird, können sie zusammen behandelt werden, obwohl nicht übersehen werden darf, daß die Frage der Sonntagsruhe bei weitem größere grundsätzliche und praktische Bedeutung hat.

Die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe ist durch eine Verordnung vom 5. Februar 1919 im allgemeinen festgelegt. Die gegenwärtigen Bestrebungen zur Beseitigung der Sonntagsruhe gingen von Bayern aus und griffen von dort aus auch auf eine Reihe weniger dicht bevölkerter Landesteile über. Verlangt wurde die Aufhebung der Sonntagsruhe insbesondere für Landstädte, damit die Landesbevölkerung in die Lage versetzt würde, am Sonntag ihre Einkäufe in der Stadt zu machen. Daneben wird auch darauf hingewiesen, daß durch die Sonntagsruhe ein bedenkliches Ueberhandnehmen des Hausiergewerbes begünstigt wird.

Der 7-Uhr-Ladenschluß ist gesetzlich durch eine Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 (§ 9) festgesetzt, mit der Maßgabe allerdings, daß die Ortspolizeibehörde jährlich an höchstens 20 Tagen den Verkauf bis 9 Uhr abends freigeben kann. Von dieser Ausnahme ist jedoch so gut wie kein Gebrauch gemacht worden.

Was nun bei den gegenwärtigen Bestrebungen auf die Verlängerung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe am stärksten auffällt, ist die geringe Sorgfalt, mit der die verwandten Argumente aufgestellt sind. Doppelt zu bedauern ist dies deswegen, da in breiten Kreisen der Eindruck entstehen muß, als handle es sich bei dem jetzt wieder aufgetauchten Kampfe tatsächlich nur um eine durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung möglich gewordene „Ausnutzung der wieder erstarkten Unternehmerstellung“, eine Pointierung, mit der für die sachliche Weiterführung der Unterjudung dieser Frage nichts gewonnen ist, so daß auch vollständig dahingestellt bleiben kann, in welchem Maße diese Deduktion vielleicht doch das Richtige trifft.

Bei dieser Sachlage erübrigt sich deshalb, der Unterjudung der vorgebrachten Einzelargumente einen zu breiten Raum zu widmen. Sie sind so zufällig gewählt und formuliert, daß ihre Widerlegung ebenso einfach wie ihre Aufstellung ist. Tatsächlich können sie vollständig mit einem Hinweis auf die bisher gemachten Erfahrungen und die Erziehungsidee der Arbeitszeitfrage entkräftet werden. Das trifft sowohl im besonderen Fall der polnischen Wanderarbeiter für die Aufhebung der Sonntagsruhe zu (da genügend katholische Festtage vorhanden sind, die die Erledigung der Einkäufe in der Stadt an Wochentagen ermöglichen), wie auch allgemein für die Festsetzung des Abendenschlusses im Handelsgewerbe (da bisher erfahrungsgemäß das Publikum sich an jeden Ladenschluß gewöhnt hat). Man hat es deshalb kaum nötig, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Bevorzugung der Landstädte bei der Festsetzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe eine große Ungerechtigkeit gegenüber größeren und mittleren Städten sein würde und sofort Bestrebungen auslösen müßte, auch für diese die Sonntagsruhe zu beseitigen. Tatsächlich will ja auch schon der von der Wirtschaftlichen Vereinigung vorbereitete Gesekentwurf die Sonntagsruhe grundsätzlich fallen lassen.

Wichtiger als die Behandlung dieser Einzelargumente ist eine Unterjudung des eigentlichen Kerns der jüngsten Arbeitszeitkontroverse, der den Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit mit so offensichtlicher Selbstverständlichkeit zugrunde liegt, daß man es anscheinend nicht für nötig hält, ihn immer wieder mit anzuführen.

Es liegt auf der Hand, daß durch die längere Offenhaltung der Verkaufsstellen eine Steigerung des Umsatzes bezweckt wird, eine Intensivierung des Betriebes oder die Sicherung einer größeren Rentabilität also. Genau gesehen hat man es demnach hier mit dem Versuch einer Rationalisierung des Handelsgewerbes zu tun, wenn man unter Rationalisierung allgemein die Anpassung der Wirtschaft an die neuen Verhältnisse verstehen will. Es empfiehlt sich, die Erörterung einmal unter diesem Gesichtspunkte durchzuführen, da dabei mit größter Eindringlichkeit der grundsätzliche Irrtum der augenblicklichen Arbeitszeitverlängerungsbestrebungen in Erscheinung tritt.

Hierzu ist es nötig, den etwa möglichen Vorteil der vorge schlagenen Arbeitszeitverlängerung mit den „Kosten“ zu

vergleichlich, die sie verursachen würde. Kurzfristig wäre es natürlich, dabei nur an die mit der Offenhaltung der Geschäftsräume verbundenen Geschäftskosten zu denken (unterstellt mag hier werden, daß diese Ausgaben sich rentieren würden). Das entscheidende Gewicht kommt dabei einem anderen Umstand zu. Die eigentlichen „Kosten“ dieser Arbeitszeitverlängerung sind nämlich in der durch sie sicher eintretenden Verminderung der Arbeitskraft des Verkaufspersonals zu sehen, also in der Schwächung des wichtigsten Aktivpostens jedes Verkaufsgeschäfts, da zweifellos die Frische der Angestellten — man kann wohl ruhig sagen — das eigentliche produktive Element, jedenfalls der entscheidende Faktor im Handelsgewerbe ist, ohne den auf lange Sicht keine Sicherung bzw. Erhöhung der Rentabilität möglich ist. Es bedeutet also eine Gefährdung des Geschäftserfolges, wenn den Angestellten nicht genügend freie Zeit zur Erholung zur Verfügung steht, so daß sie jeden Tag von neuem vollständig ausgeruht und frisch an die Arbeit zurückkehren können und insbesondere den ganzen Sonntag zu ausgiebiger Erholung und sportlicher Betätigung verfügbar haben.

Dabei muß — was eigentlich selbstverständlich sein sollte — auch noch darauf hingewiesen werden, daß die notwendige Frische des Personals nicht auf Kosten seiner Kontinuität erzielt werden kann, daß also nicht dauernd Änderungen des Personals zur Kräfteaufrechterhaltung vorgenommen werden dürfen. Unter dem Gesichtspunkt einer Betriebsrationalisierung gesehen und gewertet, also als Versuch zur Aktivierung des Handelsgewerbes, müssen deshalb die Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit außerordentlich bedauert werden. Nicht nur, daß die im einzelnen angeführten Gründe nicht durchschlagend sind, müssen die teilweise gemühten und vorgeschlagenen Verlängerungen schwere Schädigungen nicht etwa nur der Angestellten, sondern — und darauf sollte gerade besonderes Gewicht gelegt werden — auch der Unternehmungen selbst mit sich bringen. Daß diese Erkenntnis bereits weitgehend durchgedrungen ist, beweist beispielsweise eine Veröffentlichung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser, die sich entschieden gegen die beantragten Arbeitszeitverlängerungen wendet.

Will man das Problem einer günstigeren Betriebsgestaltung im Handelsgewerbe positiv formulieren — und angesichts der Dringlichkeit der zu lösenden Frage ist es von fundamentaler Wichtigkeit, hier den richtigen Einsparpunkt für alle Untersuchungen festzustellen —, so wird man es nicht in erster Linie als ein Arbeitszeitproblem bezeichnen können, jedenfalls nicht in dem Sinne, als ob von einer Verlängerung der Arbeitszeit schlechthin schon die Lösung zu erwarten ist. Man wird es als ein Arbeitsintensivierungsproblem auffassen müssen, in dem Sinne, daß die Arbeitsintensität des Personals mit allen Mitteln gefördert werden muß. In einer Zeit, in der es mehr als je darauf ankommt, den Erfolg eines Unternehmens durch eine geschickte Werbung zu unterstützen, sollte man stets bedenken, daß es kein wirksameres Mittel gibt, als die persönliche Werbung durch ein gut geschultes, frisches Personal. Ueber die Mittel zur Erreichung dieses Zieles zu sprechen, würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen.

Allen diesen Gründen ist ein so großes Gewicht beizumessen, daß nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt, sondern darüber hinausgehend sogar noch für eine weitere Ausdehnung der Freizeit durch Einführung eines früheren Sonnabendschlusses im Handelsgewerbe eingetreten werden muß. Auch hieran würde sich das Publikum gewöhnen, wenn durch reichsrechtliche Regelung etwa das Offenhalten der Geschäfte am Sonnabend nach 4 oder 5 Uhr nachmittags verboten würde.

Erforderlich wäre allerdings, daß die Industrie die Löhne

nicht mehr am Sonnabend, sondern schon am Freitag oder Donnerstag auszahlen würde. Zweifellos ist es eine große Ungerechtigkeit, wenn Arbeiter und Angestellte im Großhandel und in der Industrie bereits Sonnabend mittags Schluß machen, während die Angestellten des Einzelhandels bis nach 7 Uhr beschäftigt sind.

Kurze Arbeitszeit, früher Ladenschluß, völlige Sonntagsruhe und planmäßige Fürsorge in den Betrieben werden dazu beitragen, daß der Angestellte allen Anstrengungen des Berufes gewachsen ist und bleibt. Niemand sollte gerade heute übersehen, daß die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten das wertvollste Hilfsmittel ist, ein Unternehmen zu fördern.

## Kommunisten, die nicht mitmachen.

### Kritik am Volksentscheid.

Das „Mitteilungsblatt der Parteiarbeiter der KPD-Opportunisten“ übt an der neuen Taktik der Zentrale, an ihrem Kampf für die Fürstenenteignung mit dem demokratischen Mittel des Stimmzettels, scharfe Kritik. Es erklärt:

Die in furchtbarem Not erzworbene Erkenntnis der letzten Jahrzehnte, daß es nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität, nicht auf die Stimmzahl, sondern auf die Qualität der Entscheidung ankommt, wurde schmähslich abgetan. Es genügt, daß mit Zirkusgeschrei und Maskeradenreklame Massen angelockt wurden, und schon ist die KPD in vollem Jubel...

Wir von der Opposition haben uns an dem Volksentscheidswahl nicht beteiligt. Schon vor dem Volksbegehren haben wir unsere Stellung öffentlich kundgetan. Der Beschluß, dem Abstimmungsbegehren fernzubleiben, wurde von der gutbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hannover am 18. Juni so gut wie einstimmig gefaßt.

Daraus geht hervor, daß sich nicht einmal alle Kommunisten am Volksentscheid beteiligt haben. Das „Mitteilungsblatt“ sagt dann weiter:

Durchaus richtig bekundet der „Vorwärts“ (21. Juni): „Die kommunistische Führung hat, indem sie von dem Mittel des Volksentscheids Gebrauch machte, ihre prinzipielle Kapitulation vollzogen.“ Die Kommunisten aber haben diesmal — und hoffentlich für immer — darauf verzichtet, verzweifelte Massen in ausichtslose Kämpfe zu hegen, sie exerzieren ihre Anhänger ein in den demokratischen Abstimmungskampf.“

In der Tat: die jetzige KPD hat keine Existenzberechtigung mehr. Sie ist eine zweite SPD geworden. (!!! Red. d. V.) Bleibt sie bei ihrer demokratischen Taktik, und ihr Geldgeber (gemeint ist Moskau; Red. d. V.) zwingt sie dazu — so ist Verschmelzung mit der SPD die unausweichliche und gewollte Konsequenz. Die Mittläufer gehen schon in Scharen — siehe Mecklenburg — zur SPD über.

An diesen Darlegungen ist soviel richtig, daß die KPD durch ihren Uebergang zu demokratischen Methoden ihre Existenzberechtigung verloren hat und daß ihre bisherigen Wähler in Scharen zur Sozialdemokratie übergehen. Aber „eine zweite SPD“ ist die KPD wahrhaftig nicht. Denn die Sozialdemokratie bekennt sich zu demokratischen Methoden. Theorie und Praxis befinden sich bei ihr in Einklang, während die KPD zu selbe ist, sich zu dem zu bekennen, was sie tut. Die Sozialdemokratie kennt nur eine Aufgabe, den Kampf für die Interessen der arbeitenden Massen, während die KPD auch nur eine Aufgabe kennt, aber eine ganz andere, nämlich den Kampf mit allen Mitteln der Lüge gegen die Partei der deutschen Arbeiter. Und je mehr die KPD ihren eigenen grundsätzlichen Boden verläßt und durch die Macht der Tatsachen auf den Boden der Demokratie abgedrängt wird, desto verlogener, desto ekelhafter wird ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie, die aus eigener Erkenntnis und eigenem Willen schon längst dort steht, wohin die KPD wider Willen und mit tausend lächerlichen Verrenkungen rückt.

Die „KPD-Opportunisten“ ist gewiß wenig sympathisch.

Aber sie ist doch das, was die KPD selbst noch vor einem Jahre gewesen ist! Sie hat die kommunistischen Grundzüge, die offizielle Partei hat die kommunistischen Massen, soweit da von Massen noch gesprochen werden kann. Der Zerlegungs- und Auflösungsprozess ist im Gange.

## Wieder ein Stahlhelmüberfall.

Akt. 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Mehrere Angehörige des „Stahlhelm“ überfielen in der Kreisler Straße in Köln einen Arbeiter, der sich mit seiner Frau auf dem Heimwege befand. Die Kohlinge stachen den Arbeiter mit Messern nieder und richteten ihn so zu, daß er in das Krankenhaus übergeführt werden mußte. Selbst der Frau brachten sie mit ihren Messern Verletzungen bei. Die Polizei verhaftete eine Person, die als Mittäter in Frage kommt.

## „Die Justiz.“

Die Juninummer der von Wilhelm Kroner in Verbindung mit den Professoren Radbruch, Rittermeier und Sinzheimer im Verlage Dr. Walter Koßfeldt, Berlin-Grünwald herausgegebenen Zeitschrift „Die Justiz“ enthält wieder nicht wenig Illustrationen zur Geschichte der Justiz unserer Zeit. Das Interessanteste und Lehrreichste darunter ist der offene Brief des Senatspräsidenten des Kammergerichts Dr. Großmann an den preussischen Richterverein und die in jeder Hinsicht offenherzige Antwort des Vorsitzenden dieses Vereins — man muß sie nur richtig zu lesen verstehen — auf diesen Brief. Der „Lokal-Anzeiger“ hat sie zu lesen verstanden und hat ihr deshalb seine volle Zustimmung nicht verweigert. Wer nach diesem Lobe noch an der völligen Ueberparteilichkeit, politischen Neutralität und unzweideutigen Stellung des preussischen Richtervereins zur Weimarer Verfassung, in deren Stärkung dem Sinne und dem Worte nach, laut Bescheinigung des „Lokal-Anzeigers“ er seine oberste Aufgabe sieht, noch zweifeln wollte, wäre ein ganz elender Verleumder. Denn, sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir sagen, was du bist. Gut ist aber die Quittung, die Genosse A. Freymuth, Senatspräsident am Kammergericht i. R., dem Deutschen Richterbund und seinem Organ, der „Deutschen Richterzeitung“, in Verbindung mit dieser Antwort ausstellt. Die Zitate, die er aus verschiedenen Ausprägungen prominenter Mitglieder des Bundes und aus den Beiträgen jenes offiziellen Organs anführt, erbringen nämlich den unumstößlichen Beweis seiner Treue bis zum letzten Blutstropfen für die Weimarer Verfassung. Man lese die satirische Glosse des Genossen Freymuth selber nach. Wer wollte da noch zweifeln: Der Republikanische Richterbund muß aufhören zu existieren, da der Deutsche Richterbund seine Funktionen zur Genüge erfüllt. Auch die übrigen Beiträge sind beachtenswert. Der Landrat Dr. Bledow-Genthin schreibt über „Die Entpolitisierung der Rechtspflege“, R. A. Förder über „Die Judenrepublik in der Rechtspflege“, Dr. E. Friedensburg zur Frage „Der neue Staat im Strafgesetzbuchentwurf“ und a. m. Nachdenklich stimmt der Artikel des Oberregierungsrates Conditt über Walthyr Rathenau, zur Erinnerung an den 24. Juni 1922.

## Abessinien und der Völkerbund.

### Gegen die englisch-italienischen Abmachungen.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einem Kommentar zu der am Mittwoch erfolgten Erklärung Chamberlains im Unterhaus erklärt der „Matin“, daß Abessinien entschlossen sei, die Angelegenheit des englisch-italienischen Abkommens vor den Völkerbund zu tragen, wenn man es, um seine Stellung moralisch zu erschüttern, beschuldige, die Sklaverei auf seinem Territorium aufrechtzuerhalten. Es werde Abessinien leicht fallen, die Haltlosigkeit dieser Beschuldigungen in Genf nachzuweisen. Im übrigen sei Abessinien entschlossen, seine Souveränität mit den Waffen zu verteidigen, falls man sein gutes Recht nicht anerkennen wolle.

## „Ein Maskenball“ in der Krolloper.

Dienstag „Maskenball“ in der Städtischen Oper, Mittwoch in der Staatsoper (bei Kroll). Das ist eine Folge der Interessengemeinschaft, denn sonst wären beide Bälle an einem Abend zu besuchen gewesen. Das Unangenehmste an der sommerlichen „Maskenball“-Aufsichtigung war die Hitze und Claque, die jede Stimmung verdarb durch langes Klatschen und Rufen. Der Beifall, bei einer einzelnen wohlgeklungenen Arie berechtigt, wenn er aus dem Herzen kommt, verliert seine Kraft in der monotonen Wiederholung. Applaus letzte immer wieder von der gleichen Stelle des ersten Ranges her ein, auch dann, wenn die Leistung gar nicht ersten Ranges war. Fort mit diesem Claquewesen, das einem Kleiber sicher so unangenehm ist wie dem übrigen Publikum, obgleich es erst seit seiner Oberherrschafft im Staatstheater Mode wurde. Neu in der Aufführung war der Tenor Grosavescu. Diese Stimme ist wirklich außergewöhnlich schön, in der Höhe bequem ansprechend, strahlend, schlanke, sinnlich. Doch wie er spielt, das ist alles Kobold. Herzoglich sieht er weder aus noch bewegt er sich. Seine Mimik ist reizlos, und auch das Wenige, was er tut, scheint noch studiert. Der Regisseur Hörig wird darauf achten müssen, daß diese ungewöhnliche Singkraft auch äußerlich mehr darstellt, daß Grosavescu die rechte Hand nicht sorgfältig zum Schwur erhebt, im Liebesgesang den Souffleur nicht für Amelia hält, der Wahrfagerin nicht die falsche Handschäkel zeigt. Es lohnt sich, diesen langweiligen Spieler zu erziehen und ihm kein gezwungenes Geben, Stehen, Wackeln, Wackeln abzugewöhnen. Schlussus, die Leider und die Arndt-Ober sind bekannt in ihren Rollen. Alle drei bewachten auch in der Nacht Kleibers ihre Selbstständigkeit. Irene Eden reicht stimmlich nicht ganz hin zum Pagen Oskar, dem sie aber Frische und Jugend leiht. Fichans Silber boten Ungeheures. Am besten die Wahrfagerin in ihrer dunklen Einfachheit mit der Publikumsabwärtung, sowie das vornehme Zimmer Renées. Wenig phantastisch und gar nicht unheimlich war die Schneelandschaft, in der sich auf die Kienlängeln mehr Interesse konzentrierte als auf die für den Gesang wichtige Welt und Kälte der Gegend. Kleiber ist mit dieser Partitur nicht so vertraut wie etwa mit dem „Bozzel“. Alltäglich mischt sich mit Befandern. Wäre das ganze Werk ein Orchesterstück oder ein Finale, so wäre Kleiber ein vollkommener Verdi-Dirigent. Entsetzlich weh er zu steuern und zu steuern, Schlüsse herauszubekommen. Die Szene des Rockenschlusses geradezu meisterhaft zu akzentuieren. Aber das bleiben Pointen und Effekte, weil ihn noch das Ganze nicht zur befehligen Einheit wurde in seinem rebellischen Blute. Man erschrickt bei solchem Ungehörigen, statt ergriffen zu sein. Nach zehn Aufführungen, die der Krolloper dienen, und Kleiber musiziert so, daß auch die Nichtflaque begeistert ist.

R. S.

## Der größte Dieselmotor der Welt.

Auf einer Hamburger Werft wird jetzt ein Dieselmotor von 15 000 Pferdestärken erprobt, der mit dieser Leistung der größte bisher gebaute Motor dieser Art ist. Einige im Kriege gebaute für U-Boote bestimmte Dieselmotoren hatten nur 12 000 Pferdestärken. Die neue Maschine ist für das Werk Neuhof der Hamburgischen

Elektrizitätswerke bestimmt. Sie wird dort durch den Antrieb einer Dynamo Drehstrom von etwa 6000 Volt erzeugen und dabei eine Gesamtleistung von 13 000 Kilowatt haben. Sollte sich dieser erste Versuch mit einem solchen Großdieselmotor bewähren, so dürfte diese Maschinenart in den Elektrizitätswerken, von denen große Stromlieferungen gefordert werden, bald heimisch werden.

Die Ausmaße dieser neuen Maschine geben eine Vorstellung von ihrer gewaltigen Größe. Sie ist fast 12 Meter hoch und hat mit der Drehstromdynamo fast 31 Meter Länge. Das Motorgerippe, das so gestaltet ist, daß die sehr erheblichen Arbeitsdrücke auf die Grundplatte übertragen werden, trägt neun doppelt wirkende Zylinder, bei deren Konstruktion dafür gesorgt wurde, daß sie ihre durch die hohe Arbeitstemperatur am meisten beanspruchten Teile genügend ausdehnen können. Die Zylinder haben einen Durchmesser von je 860 Millimeter und jeder Kolben legt beim Hin- und Hergang eine Weg von 1500 Millimetern zurück. Die Maschine ist als doppelt wirkender Zweitaktmotor ausgebildet worden. Im Gegenlag zu den meisten Verbrennungsmotoren wird hier also jede der beiden Zylinderseiten zur Arbeitsleistung herangezogen. Für jeden Zylinder ist eine eigene Treibpumpe vorgesehen, die mit zwei Kolben arbeitet und die die für den Antriebs nötigen Oelmengen in den Zylinder preßt. Da nach jedem Arbeitsakt die Verbrennungsgase entfernt werden müssen, wurde für ausreichende Durchspülung der Zylinder mit Luft gesorgt. Die Spülluft wird von zwei elektrisch angetriebenen von der Maschine gesondert aufgestellten Pumpen geliefert. Außerdem ist gute Wasserkühlung und die restlose Beseitigung der Abgase vorgesehen. Die Kurbelwelle, auf die die neun Zylinder arbeiten ist aus drei Teilen zusammengesetzt. Sie wird von 12 Grundlagern der als Ölbehälter ausgebildeten Grundplatte aufgenommen.

Die ganze Maschine ist eingekapselt. Nur die Ventilstangen heben und senken sich ein wenig und die Manometer- und Tachometerzeiger zittern nervös und zeugen von dem ungeheuren Beben, das diesen gewaltigen Bau von Eisen durchpust. W. W.

Von London nach Australien und zurück im Flugzeug. Der bekannte englische Flieger Alan Cobham hat soeben einen Flug angezettelt, der der weiteste und gefährlichste ist, der je von einem englischen Flieger auf einer englischen Maschine unternommen wurde. Die Reise geht nach Australien und soll von dort im Flugzeug wieder zurückführen. Die Strecke, die dabei überflogen wird, beläuft sich auf etwa 40 000 Kilometer, ist also länger, als ein Flug um den Äquator wäre. Von London geht es durch Frankreich nach Neapel, über Arabien nach der Indischen Küste, dann über die Gebirge am Guphratflus nach Bagdad, von dort zum Persischen Golf über Indien, an der Küste von Birman und der Malakkastraße entlang bis nach Singapur, von dort nach Batavia und dann 800 Kilometer über das Meer bis zum Hafen von Port Darwin, dem nördlichsten Punkte Australiens. Dann wird Australien mit dem Flugzeug bis Sydney durchquert und die Endstation ist Melbourne, von wo der Rückweg angetreten werden soll. „Große Schwierigkeiten erwarte ich von der furchtbaren Hitze in Mesopotamien und dem Persischen Golf“, sagte Cobham vor dem Abflug. „Der Golf ist eine der heißesten Stellen der Erde, und wir überfliegen ihn zur heißesten Zeit. Die nächste

Gefahr droht, wenn wir durch den Monsun fliegen müssen, der augenblicklich in Indien und Birma am stärksten ist. Wir müssen an der Küste von Birma durch die schlimmste Regenzeit hindurch.“

Die Toteninsel im Rhein. Unter den Vorschlägen für das Reichsehrenmal der im Kriege Gefallenen, die von dem Reichsausschuss jetzt in die letzte Wahl gestellt worden sind, ist auch derjenige einer Toteninsel am Rhein. Prof. Karl Wach, der Düsseldorfener Architekt, hat den Vorschlag gemacht, die beiden Rheininseln bei Borch, die ein dreier Steindamm bereits miteinander verbindet, dort wo Kurpfalz, Kurmainz und Kurtrier am Mittelrhein sich berühren, am Eingang zum Rheingau unweit des Niederwaldes und der Elisenhöhe zum Reichsehrenmal auszubauen. Nach dem Entwurf Wachs soll auf der kleineren Insel das eigentliche Ehrenmal errichtet werden, gebildet aus einem mächtigen Steinfarkophoge und einem langgestreckten Ehrenhofe. Auf dem langen Steindamm sollen die ehemaligen Regimenter auf schlichten Steinen die Namen ihrer Gefallenen einmeißeln lassen. Auf der größeren Insel endlich soll ein Stadion aller deutschen Sportverbände geschaffen werden. Zwischen den Inseln und dem Ufer, an dem das Städtchen Borch malerisch eingebettet liegt, könnten Wasserportkämpfe abgehalten werden.

Der faschistische Faschismus. Eine originelle, allerdings auch bezeichnende Auslese aus einem lebenden erschienenen „Bademecum für den perfekten Faschisten“, das gegenwärtig den Büchermarkt Italiens überschwemmt und von seinem Autor, Herrn Longanesi, den Leuchten des Faschismus Italo Balbo, Curzio Sudert und Tullio Tamburini gewidmet ist, teilt der römische Korrespondent des „Manchester Guardian“ mit. Longanesi will, wie er selbst sagt, in den Maximen seines Buches den Ertrag faschistischer Ethik bieten. Wie diese Ethik beschaffen ist, ergibt sich aus den folgenden Maximen: Die Zivilisation existiert für dich nicht. Für dich existiert allein der Italianismus. — Säubere das Theater von allem, was Gott, die Familie, das Vaterland oder — die Partei beleidigt. — In Italien darfst du sagen, daß du Italien schrecklich findest; im Ausland jedoch mußt du es preisen und wenn es noch so dreadig wäre. — Fehlen dir in Diskussionen über Italien die Argumente, so schreibe mit den Worten: Italien ist ein so armes Land. Für den Faschisten war der letzte Krieg nicht der letzte, sondern der erste große Krieg. — Dein Bajonett und Gewehr sind dir nicht gegeben, damit sie daliegen und rosten, sondern im Hinblick auf den nächsten Krieg. Der Krieg ist das Brot des Faschisten. — Es ist eine traditionelle Lüge, daß Frankreich unser Schweserland sei. — Zum Schluß konstatiert der Autor noch einmal mit Nachdruck: Dein Duce ist Mussolini und es gibt auf der Welt nur einen Mussolini.

Sven Hedra hat die archäologische Sammlungen seiner beiden Reisen durch Dattarjeon (1898 und 1900/1901), besonders die Ergebnisse der Ausgrabungen in den Wälder-Ruinenstätten (Gousson u. a.), dem schwebenden Staat geschenkt. Sie werden in einem Museum aufgestellt werden.

Schulimpfung gegen Schlangengift. Der brasilianische Arzt Dr. Amaral hat in seinem Laboratorium aus dem Gift der gefährlichsten Schlangen ein Antidotum gewonnen, das nicht nur bei bereits erfolgtem Gift, sondern auch für Schulimpfungen in den besonders bedrohten Gebieten mit Erfolg Verwendung gefunden haben soll.

## Industriekredite für Oberschlesien.

### Subventionsberatungen im Haushaltsausschuß.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt verhandelte in seiner Donnerstagssitzung zunächst die ihm vom Wirtschaftsministerium zugegangene Denkschrift über die Gewährung eines Kredits zur Stützung der ober-schlesischen Eisenindustrie. Die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb (Obereisen) und die Oberschlesische Eisenbahnbetriebs-A.-G. (Oberbedarfs) in Gleiwitz erbat im Herbst 1924 staatliche Kredithilfe von Preußen. Da Obereisen durch die neue Grenz-ziehung in Oberschlesien seine Verfeinerungsanlagen und Oberbedarfs seine Rohstoffbasis an Kohlen verloren hatte, und die Lebensbedingungen der Werke sich durch die Grenzwirksamkeiten sowie auch durch den deutsch-polnischen Zollkrieg und den Fortfall früherer öffentlicher Abnahmgebiete auch sonst verschlechtert hatten, war der Betrieb der beiden Gesellschaften, mit Beeinflussung von der all-gemeinen Wirtschaftskrise, verlustbringend geworden. Ein-gehende Feststellungen und Untersuchungen durch eine von der preußischen Regierung berufene Sachverständigenkommission bestätigten die geschilderte Notlage der Werke. Es wurde deshalb angesichts der hohen Bedeutung der ober-schlesischen Eisenerzeugung, für die in ihr beschäftigten außerordentlich zahlreichen Arbeiter (20 000) und die wirtschaftlichen und politischen Belange Oberschlesiens von Preußen Kredithilfe gewährt. Auf Veranlassung und unter Garantie der preußischen Staatsregierung stellte die Preußische Staatsbank einen Betrag von 46 Millionen Reichsmark bis zum 31. Dezember 1926 zu einem mäßigen, unter dem Reichsbankdiskontsatz liegenden Zinssatz zur Verfügung.

Da Oberbedarfs seine Verfeinerungsanlagen und Obereisen seine Rohstoffquellen auf deutschem Gebiet erhalten geblieben waren, konnte von dem Zusammenschluß der sich ergänzenden Wertteile die Schaffung eines einheitlichen lebensfähigen Betriebes und damit die Erhaltung einer eisenproduzierenden Hüttenindustrie in Ostdeutschland erwartet werden. Ein von dem Reichswirtschaftsministerium und dem Preussischen Handelsmini-sterium beauftragte Sachverständigenkommission prüfte unter Mit-wirkung der deutschen Emission- und Treuhand-Gesellschaft die Ver-hältnisse bei den beteiligten Gesellschaften und der im Entstehen be-troffenen neuen Gesellschaft eingehend nach. Die Verhand-lungen über den geplanten Zusammenschluß und eine neue Stützung durch die öffentliche Hand waren sehr schwierig und drohten wegen zu hoher Forderungen der Gesellschaften wiederholt zu scheitern. Bei einem Scheitern der Verhandlungen müßte mit einer Stilllegung der Werke gerechnet werden. Die Banken würden für den Fall, daß die Preussische Staatsbank Ende des Jahres auf der Rückzahlung der 46 Millionen Reichsmark durch die Banken bestehen würde, sich an die Gemerkschaften halten und die damit bei ihrer jetzigen finanziellen Lage zum Konkurs treiben. Das aber würde zu einer Stilllegung der ober-schlesischen Eisenindustrie und damit auch zu schweren sozialen Gefahren für den deutsch ge-blichenen Teil Oberschlesiens führen. Der Zusammenbruch der Werke würde über ihren eigenen Lebenskreis zu einer Katastrophe für die gesamte östliche Eisenindustrie und einen großen Teil der mit dieser durch ihren Beruf eng verbundenen Bevölkerung führen. Die Verhandlungen würden daher immer wieder aufgenommen und nach weiteren Schwierigkeiten kam eine Einigung unter der Voraussetzung der Genehmigung durch das Parlament auf folgender Basis zustande:

Die Banken sollen bei Fälligkeit des Darlehens, d. h. am 31. De-zember 1926, einen Betrag von 10 Millionen Reichsmark an die Preussische Staatsbank zurückerzahlen und in dieser Höhe eine Forderung gegen die alten Gesellschaften behalten, während der Restbetrag der Schuld in Höhe von 36 Millionen Reichsmark die neue Gesellschaft unter hypothekarischer Sicher-stellung selbst übernimmt. Für ihn ist eine Verzinsung und Amorti-sation vorgesehen, deren Gegenwertwert bei 5prozentiger Dis-kontierung 21 Millionen Reichsmark beträgt, so daß unter Berücksichtigung der von den Banken am Schluß des Jahres zur-ückzahlenden 10 Millionen Reichsmark für die öffentliche Hand eine Belastung von etwa 15 Millionen Reichsmark verbleibt. Diese Summe soll vom Reich und Preußen je zur Hälfte getragen werden. Das Reich müßte also ebenso wie Preußen an die Preussische Staatsbank eine Zahlung von 18 Millionen Reichsmark bewirken, die es im Laufe der nächsten 35 Jahre im Wege allmählicher Amortisation wieder zur-ück erhalten wird. Sicherungen dagegen, daß das neue Werk fremde Interessen zuliebe stillgelegt oder geschwächt wird, und Garantien für den Fortbestand einer eisenerzeugenden Industrie in Ober-schlesien auch für die ferne Zukunft sind in dem Vertrage vorge-sehen.

In der Debatte wurde von den Genossen Hoch, Stücken und Hilferding mit Nachdruck betont, daß sie sich der großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahren, die eine Still-legung der Werke im Gefolge haben würden, nicht verschließen wollten. Andererseits stehe fest, daß durch die jetzt geplante Aktion und durch das Eingreifen des Reiches in erster Reihe eine Ent-lastung der Preussischen Staatsbank bewirkt werden würde. Sollten daher jetzt bedeutende Reichsmittel zu ungünstigen Bedingungen zur Sanierung der Werke hergegeben werden, so müßte man unbedingt Vorkehrungen treffen, daß, sobald die Werke wieder wirt-schaftlich gesund beständen, vor allem aus ihren etwaigen Ueber-schüssen die Verluste des Reiches abgedeckt werden. Das Zentrum schloß sich diesen Anregungen an, und nach eingehender Debatte wurden gegen die Stimmen der Kommunisten die folgenden zwei Anträge angenommen:

Der Ausschuss wolle beschließen, erstens zuzustimmen, daß die Reichsregierung dem der Denkschrift über die Gewährung eines Kredits zur Stützung der ober-schlesischen Eisen-industrie beigelegten Vertrage ihre Zustimmung gibt und nach dem Zustandekommen des Vertrages bis zum Gesamtbetrag von 18 Millionen Reichsmark Zahlungen auf die hier-durch übernommenen Verpflichtungen leistet.

zweitens die Reichsregierung zu erlauben, die zu diesem Zweck erforderlichen Mittel durch einen Nachtragsetat für 1926 dem-nächst anzufordern.

Ferner. Der Ausschuss wolle beschließen: die Reichsregierung zu erlauben, durch ein Zusatzabkommen zu dem vorgelegten Vertragensentwurf sicherzustellen, daß der nach Abwicklung des Ver-trages sich ergebende Schaden des Reiches durch Anseerhaltung alsdann durch die Schuldner aus andernfalls zur Dividendenaus-schüttung über ein festzusetzendes Mindestmaß auf Grund des zu gegebener Zeit üblichen Reichsbankdiskonts zur Ver-fügung stehenden Beträgen getilgt wird.

Die Erdbebenschäden auf Rhodos. Durch das Erdbeben auf der Insel Rhodos sind 10 000 Menschen obdachlos geworden. Der Schaden kann noch nicht geschätzt werden. Ingesamt sind etwa 1500 Häuser eingestürzt und etwa 2000 Häuser schwer beschädigt worden. Hierbei handelt es sich meist um Häuser aus früheren Bauperioden, während die modernen Gebäude meist nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Menschenleben sind nur wenig zu beklagen, da sich die Bevölkerung wegen der Hitze zum Teil im Freien aufhielt. Vollständig zerstört wurden die Dörfer Arnio, Apollonio und Lado.

## Vom Scherl'schen Heiratsmarkt.

In der schönen Frühlings- und Frühherbstzeit, am Ostern und Pfingsten, regen sich die menschlichen Triebe — auch die Zo-hannistriebe. Dann ist in der Abteilung „Ehejachen“ des „Lokal-anzeigers“ Hochkonjunktur. Spalten und Spalten sind voll von „Erfolgsgeschichten“, „Selbstinszenierung“, „Reizungsbegehr“, „Pfingstwunsch“ und wie man das so nennt. Eine eigene Rubrik richtet Scherl dafür nicht ein — dazu ist er viel zu „schamig“. Oben noch liest man „Staub-sauger Bampyr“, „Vertrauensvolle Katerteilung in diskreten Ange-legenheiten“, „Pui, meine Damen, diese Weine sind unerschöpflich“, „Lästige Hoare, Wargen, Leberflecken entfernen für immer“ — da plötzlich steht vor mir ein „Geheimrat, 59, jugendlich, liebenswürdig, elegant“, der eine „Gattin, Hausfrau, Dame“ freien möchte, also gleich ein dreifaches Besen.

Und nun sind wir mitten im Fahrwasser der Ehe. Manches liebt sich so herzerfrischend, daß man ordentlich aufatmet in unserer oft so materialistischen Gegenwart:

Mein Pfingstwunsch ist, ein hübsches, gebildetes Mädel mit sonnigem Wesen zweds Heirat kennenzulernen.

„Mädel“ und „Sonne im Herzen“. Caesar Heilschlen, du hast nicht umsonst gelebt! Wenn ein „Rittergutsbesitzersohn“, „Ideal-ehe ersehnt“ oder ein „Großer Kaufmann“ eine „Eheka-me-radin wünscht“ — so gerabezu, wie man beim Fleischer ein halbes Pfund Wurst „wünscht“, so ist das noch immer heinet und taftool. Und wenn gar ein „Mittelmäßiges Hausmütterchen“, „Brief-wechsel mit Theologen oder Philologen ersehnt zweds Heirat“ oder eine „alleinstehende Witwe, 44 Jahre, bester Kreise“, weiter nichts sucht als „Gedankenaustausch mit älterem, vornehmen Herrn von Herz und Gemüt“, so wird man das ebenso rührend finden wie den Wunsch eines 35jährigen in guter Position, der die „Ideal-ehe“ davon abhängig macht, daß die Rentrentin „Augenglas trägt wie ich“. Eine „gebildete Dame, 47 Jahre, evang., 3-Zimmereinrichtung“ versteigt sich in ihrem heißen Sehnen gar zu einem poetischen Stoh-leufzer:

Allein zu sein, drei Worte, nicht zu sagen, und doch so schwer, so endlos schwer zu tragen.

Die Frau hat Gemüt, sollte man sprechen. Und die „Anmutige Witwe, 25, mit 3-Zimmereinrichtung“, die „Liebes-ehe ersehnt“ unter „Postlagernd Waldmannslust“, offenbar ziemlich viel Temperament. Frischluft zum fröhlichen Jagen!

So weit wäre ja alles schön und klar, und man ließe sich auch durch die Angebote körperlicher und seelischer Vorzüge wie „mittel-blond“, „vollschlan“ — das kommt verdächtig oft wieder — dürfte meist auf der ersten Silbe den Nachdruck haben! — „Oberzoll-inspektor, einlamer, solider Mensch, jedoch kein Spießer“, „Biederer Angestellter“, ein „Berliner Künstler, herzenguter, prachvoller Mensch“, „bin Ehrenmann“ — wie ein Fabri-kant mit aufalldem Eifer versichert — nicht abjahren. Bei den Damen wird die Sache zuweilen brenzlich: etwa bei der Ostpreuße, die gern nach Berlin übersiedeln möchte. „Selbige ist alleinstehende, jeche Witwe, jede solide.“ Na, na! Bei einer „bekannten Dame“ oder einer, die sich als „anspruchsvolle Erscheinung“ aus-gibt, ist ebenfalls Vorsicht am Plage. Wenn nur das Geschäft-liche sich nicht so hässlich dazwischen mengt. „Welche Dame be-leibt sich an erstklassigem Geschäft? Heirat nicht ausgeschlossen.“ So steht das da, und kein Wörtchen von „Gemüt“, „feinsinnig“, „zartbehaart“, „langjähriger Beamter wünscht Einheirat in Ge-schäft. Buchbinder, Papiergeschäft oder Buchdruckerei angenehm.“ Gleichzeitig der Geschäfts-zweig daneben.

„Fabrikant, 32, sucht Geldgeberin bis 40, auch Witwe, mit etwa 5—8000 zur notwendigen Erweiterung bestehender Dekorationsmalerei sowie Möbeldekorierung bei bestem Verdienst. Spätere Ehe erwünscht.“

Die Ehe hinkt kläglich hinterdrein. Wenn die Partnerin 10 000 bis 16 000 M. in den Betrieb steckt, darf sie gewiß auch 45 alt sein. Der Restaurateur, der „da Auseinandersetzung, in Haus-grundbesitz oder Geschäft einzubeiraten“ wünscht, ist wenigstens ehr-lich. Inbessen dürfte die Ermählte sich bei ihm ebenfalls auf „Aus-einandersetzung“ gefast machen. Am übrigens auf besagten „Ehrenmann“ zurückzukommen, „Berliner Großkaufmann, Fabri-kant, Witwer, 50er, jung aussehend, edler Gesinnung, liebevoller, aufrichtiger Charakter“: dieses Sonntagskind sucht eine „sympathische Ehekaameradin mit Kleinsgrundstück, worin Fabrik wegen dringender Vergrößerung und Aufräumen verlegt werden kann“. O, welch ein Abwurf aus der reinen Sphäre bürgerlicher Ideale!

Wie soll man da von den Vermittlungsbureaus die reine Men-schenliebe erwarten? Vom „Rebu“ (nicht zu verwechseln mit Zebu), dem „Katholikenbehold“, der nur für die Angehörigen der alleinstehenden Kirche sich als Schatzkasten anbietet, oder der „Deutsche Bund“ in der Mohrstraße, geleitet von der „Frau Direktor Faubel“, durch deren lebenswürdige, diskrete Vermittlung „Angehörige der besseren nationalen Stände schnell heiraten können“. Die Rationalen haben es offenbar besonders eilig. „Freiiau von Koburg“, Spezialität in Adelsheiraten, nimmt „Provision“ erst „nach Eheschließung“. Aber, gnädige Frau, davon spricht man doch nicht in Ihren Kreisen! Da ist mir, offen gestanden, die kleine Bürger-tochter noch sympathischer, die für ihre „Mama, Lebensmittelgeschäft mit 3-Zimmerwohnung“, einen „tüchtigen christlichen Gatten (Anti-alkoholiker)“ sucht. Da Geschäft Hilfe erfordert“. Alle, alle finden sie bei Scherl Verständnis!

## Politik in der Schulfeste.

In den Zeiten der Monarchie war es nichts Seltenes, daß in den Schulen königs- und regierungsergebene Lehrer und Lehrerinnen vor ihren Jungen und Mädchen ihre politische Meinung austraten und sich dabei selbstverständlich in Schmähdreden gegen die Sozial-demokratie ergingen. Wer damals, im Lehramt stehend, sich zur Sozialdemokratie bekannte, der durfte, auch wenn er vor seinen Schülfern sich jeder Äußerung über politische Fragen enthielt, mit Sicherheit darauf rechnen, daß er baldigt ohne viele Umstände auf die Straße gesetzt wurde. Sind heute, in unserer Zeit der Republik, die Rollen vielleicht dahin vertauscht, daß jetzt die noch monarchisch gesinnten Lehrer und Lehrerinnen, wenn sie in der Schulfeste Politik treiben, aus ihrem Amt gejagt werden? Ach nein, da ist unsere Republik von einer Duldsamkeit, die keine Grenzen kennt!

Proben der „Unbefangenheit“, mit der solche politisierenden Pädagogen in den Schulen drauflos reden, sind im „Vorwärts“ zu-weilen wiedergegeben worden. Hier wollen wir aus Berliner Schulen ein paar neue Fälle mitteilen, die uns aus der letzten Zeit gemeldet wurden. In der Berufsschule an der Wangelstraße darf ein Oberlehrer Geppert es sich leisten, vor jugendlichen Ar-beitern sich über die Stahlhelmer in wohlwollenden Worten zu äußern. Er stellt sie dem roten Frontkämpferbund gegenüber und erzählt, die vom roten Frontkämpferbund sein grüne Jungen, bei den Stahlhelmern aber habe man es mit er-lachenden Blicken zu tun, die schon im Schützengraben waren. Die Stahlhelmer sollten den Herrn, der so hoch von ihnen denkt, zu ihrem Ehrenmittels ernennen. Aber auch in den Volksschulen, wo die jungen Kinder sitzen, kommt es vor, daß Lehrerrn vor Schül-tern sich kundtun. Die bewegte Zeit des Volksentscheids, die nun hinter uns liegt, scheint manchen Pädagogen der Schule aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben. In der 226. Gemeindeg-schule (Baruther Straße) konnte der in einer 2. Klasse unterrich-tende Lehrer Franke nach dem Volksentscheid es sich nicht ver-neinen, seine Befriedigung darüber zu äußern, daß der Volks-

entscheid „durchgefallen“ sei. Er behauptet, daß nicht das Zentrum den Schwarzweihroten geholfen habe; denn dann wäre es den „Roten“ noch übler ergangen. Gerabezu toll ist das Stück, das in der 230. Gemeindeg-schule (Wehlauer Str.) ein Lehrer Grothe fertig brachte. Am Tage nach dem Volksentscheid fragte er in der Klasse 2 M die Jungen: „Wißt ihr, wieviel Spigbuben es im Deutschen Reich gibt?“ Erstaunte Gesichter blickten ihn an und alles schweig. „Fünfehn Millionen!“ beantwortete Herr Grothe selber seine Frage. Jetzt begriffen die dreizehnjährigen Jungen, was er meinte.

Soll man derartige Mißgriffe und Ausschreitungen ruhig hinnehmen? Sollen die Eltern sogar zu der ledigen Beschimp-fung schweigen, die dieser Herr Grothe sich erlaubt hat? Er kennt doch wohl die soziale Zusammensetzung der Elternschaft der im Bezirk Prenzlauer Berg lebenden Schule und kann nicht darüber im Zweifel sein, daß beim Volksentscheid ein beträchtlicher Teil der Eltern seiner Schüler für die Fürstenenteignung mit Ja gestimmt hat. Wenn er trotzdem es für zulässig gehalten hat, sich vor ver-lammelter Klasse in dieser Weise zu äußern, so hat er damit gezeigt, daß er nicht an richtiger Stelle steht. Man sollte ihm Gelegenheit geben, sich auf einem anderen Arbeitsfeld zu betätigen.

## Gyänen auf dem Arbeitsmarkt.

### Auch eine Krisenercheinung.

Die Notlage von Geistesarbeitern nützen neuerdings Kautions-schwindler wieder in reichem Maße aus. Bei einem stellunglosen Ingenieur, der mit seiner Schwester zusammenwohnt und sich mit Mühe über Wasser hält, erschien ein etwa 40 Jahre alter, würdig aussehender Mann, der angab, daß er Personalchef eines großen Wertes sei, daß einen Ingenieur anstellen wolle. Nach seiner Ge-wohnheit sei er selbst gekommen, um den Arbeitsuchenden in seiner Behausung zu sehen und sich gleich ein Bild seiner Verhältnisse machen zu können.

Nachdem die Männer sich über die Bedingungen einig gemorden waren, erklärte der Fremde, daß eine Kautions von 150 Mark erforderlich sei. Der Ingenieur beriet mit seiner Schwester, ob sie eine solche Summe gleich käuflich hätten. 140 M. waren einbehalten, 10 Mark sollten zur Bezahlung des Unterhaltes dienen. Die Ge-schwister kamen nun überein, lieber auf die Wahrscheinlichkeit zu ver-zichten, als die Aussicht auf die gute Stellung aufzugeben. Der „Personalchef“ tat das Geld in einen Umschlag und ging mit dem Ingenieur zur Bank, wo es als Depot hinterlegt werden sollte. Unterwegs „fiel ihm plötzlich ein“, daß er noch zu einer wichtigen Konferenz müßte, er übergab dem Bewerber den Umschlag und ließ ihn die Kautions am nächsten Morgen mitbringen, wenn er seinen Dienst anträte. Ohne den Umschlag näher anzusehen, ging der Ingenieur heim und wanderte am nächsten Tage hoffnungs-voll seiner neuen Arbeitsstätte zu. Hier mußte er erfahren, daß dort gar keine Fabrik ist. Jetzt holte er den Umschlag, den er mit-gebracht hatte und der noch verschlossen war, aus der Tasche, öffnete ihn und stellte zu seinem Schrecken fest, daß er nur Papier-stücke enthielt. Der Gauner hatte es verstanden, unbemerkt die Geldscheine herauszunehmen. Der Betroffene, der sofort bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattete, erfuhr hier, daß er nicht der einzige Leidtragende war. Derselbe Schwindler hatte auch andere Stellungsuchende betrogen und von ihnen Kautions bis zu 700 Mark erbeutet. Der Betrüger, der jetzt gesucht wird, ist 1,60 Meter groß, hinten etwas auf einem Bein und war-fets in einen grauen Gehrock mit passendem steifen Hut gekleidet. Mitteilungen von weiteren Geschädigten und über erneutes Aus-treten des Schwindlers erbittet Kriminalkommissar Dr. Wächter im Zimmer 347e im Polizeipräsidium.

## München am Anhalter Bahnhof.

Die schöne Parkade gegenüber dem Anhalter Bahnhof ist ver-schwunden und ein Geschäftspalast von nicht alltäglichen Dimen-sionen, in weiter Front die Königgräzer Straße beherrschend, erhebt sich an ihrer Stelle. Man hat es „Europa-haus“ getauft und es beherbergt von den großen Firmen Berlins die bekanntesten Namen. Darunter befinden sich ein großes Lichtspieltheater und ein Café. Im Mittelbau an der Königgräzer Straße, zwischen den beiden flankierenden Hochbauten, hat das Münchener „Hofbräuhaus“ eine eigene Gaststätte, sehr freundlich und ein hübsches mündnerlich ein-gerichtet. Die neue Gaststätte umfaßt einen großen Gasträum und daran anschließend ein gemütliches Bräuterei und bietet Raum für 1200 Personen. Die Einrichtung schließt sich in ihrem Charakter an das Münchener Vorbild an, macht jedoch der Eigenart des Ber-liner Subtilitäts die weitestgehenden Zugeständnisse. In den 1300 Quadratmeter großen Kellerräumen sind 5 Regelbahnen, Bierfässer, Kühlanlagen und sehr moderne Wirtschaftsräume untergebracht. Die über den Gasträumen befindliche Terrasse soll als Dachgarten aus-gebaut und in den Betriebsbetrieb einbezogen werden.

## Schwere Verkehrsunfälle.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern abend an der Spandauer, Ecke Königsstraße. Der Kino-schauspieler Willi Zamzow aus der Schloßstraße 4 in Pankow verfuhr von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 64 zu springen. Er kam zu Fall und wurde von einer nachfolgenden Kraftdroschke erfasst und überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in das Krankenhaus am Friedriehs-berg gebracht. In Wilmersdorf an der Kreuzung Kaiserallee und Berliner Straße fuhrn zwei Kraftdroschken aufeinander, beide Wagen gingen in Trümmer. Der Chauffeur und ein Insasse wurden erheblich verletzt und erlitten auf der nächsten Rettungsstelle die erste Hilfe. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsstörung von einer halben Stunde. Vor dem Hause Kurfürstenstraße 107 wurde heute morgen der Oberleutnant Karl Kiesenwih aus der Bonderherdt-Straße 13 von einer Kraftdroschke überfahren. R. wurde in das Elisabethkrankenhaus übergeführt. Der Droschke-n-führer ist unbekannt entkommen. Am 19 Uhr vor-mittags wurde beim Ueberstreifen des Fahrdammes in der Berg-mannstraße die Ehefrau Auguste Stalling aus der Bergmann-sstraße 108 von einer Kraftdroschke überfahren. Sie erlitt einen doppelten Schädelbruch und mußte in das Urban-Kranken-haus überführt werden.

Das Bestenhaus in der Prinzenstraße. Nach monatelangen Umbauarbeiten ist in der Prinzenstr. 46 ein Neubau entstanden, der die bekannten Geschäftsräume der Berliner Bettfedern-fabrik Gustav Lustig enthält, die den Anforderungen der Neuzeit entsprechend gestaltet wurden. Die Fassade hat den Charakter eines modernen Geschäftshauses und an Stelle der früheren, heute veralteten Firmenschilder, lenkt eine geschickte Licht-reklame die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich. Die ausgedehnten Räumlichkeiten nehmen zusammen mit den Lagern und den modernen maschinellen Anlagen der Bettfedern-, Bettwäcker-, Stoppdecken- und Matratzenfabrik eine Fläche von weit über 4000 Quadratmeter ein. Die Firma hat sich weit über die Grenzen der Mark hinaus einen Namen erworben.

Gewerkschaftlicher Kundunsvortrag. Heute abend 7,25 Uhr spricht der Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Dr. Fritz Biermann durch den Berliner Kund-unterbus das Thema: „Fortschritt der Technik — Er-finderüber das“.

Verbessertes Telephonnetz London—Berlin. Der englische Generalpostmeister gibt bekannt, daß vom 1. Juli ab neben dem bis-herigen Telephonnetz zwischen London und gewissen Städten in Deutschland eine Leitung für ständigen Tag- und Nacht-dienst zwischen London und Berlin verfügbar sein würde. Das Datum des vollen öffentlichen Verkehrs London—Berlin werde noch bekanntgegeben werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter. Große Niederlage der APD.

In den letzten Tagen hat die „Rote Fahne“ bereits den Rund reichlich voll genommen über den Ausfall der Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter. Inzwischen läßt sich das Ergebnis übersehen, und es zeigt sich ein außerordentlich katastrophaler Rückgang der APD. auch im Metallarbeiterverband. Angesichts der seit Monaten in der Metallindustrie wütenden Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit, in deren Gefolge Rot und Glend die Stimmung der Arbeiter ganz erheblich beeinflussen, hat es die APD. doch nicht vermocht, ihre Vertretung, die sie noch auf dem Verbandstag in Cassel 1924 hatte, zu halten. Selbst in Krisenzeiten kam die APD. nicht mehr auf soviel Wähler zu rechnen, weil inzwischen doch die Hohlheit ihrer eigenen Parolen erkannt worden ist.

Auf dem Verbandstag in Cassel 1924 mußte die APD. noch 34,2 Proz. aller Delegierten, so daß die Arbeiten dieses Verbandstages erheblich erschwert wurden, weil die notwendige qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln für die Amsterdamer Richtung nicht zu erreichen war. Von dieser Höhe ist die APD. nach den uns bisher vorliegenden Meldungen um über die Hälfte heruntergefallen, so daß sie auf dem kommenden Verbandstag in Bremen nur noch mit 15 bis 16 Proz. der Delegierten antreten kann. Das Geschick der „Roten Fahne“ wird sich deshalb recht bald in Resignation verwandeln müssen.

Damit ist keineswegs gesagt, daß das Wahlergebnis nicht noch wesentlich besser sein müßte. Vor allen Dingen hat Berlin versagt. Bei einer besseren Wahlbeteiligung müßte die Liste der Amsterdamer gewählt werden, denn es ist 100 gegen 1 zu wagen, daß die APD. ihren letzten Mann an die Wahlurne gebracht hat. Leider zeigt sich immer noch ein erheblicher Mangel an Disziplin und an Arbeitsfreudigkeit auf der Amsterdamer Seite. Hier Ordnung zu schaffen, ist eine besondere Aufgabe der Berliner Kollegen. Neben Berlin sind es noch einige Orte von größerer Bedeutung, die APD.-Delegierte stellen, u. a. Solingen, Halle, Stuttgart, Göttingen und Essen. Dabei ist besonders zu beachten, daß in der Essener Verwertung die APD. seit Jahren die übergrößte Mehrheit hatte und diesmal nur mit einem Vorsprung von 25 Stimmen durchs Ziel ging. In Essen zeigt sich eine ganz erhebliche Gesundung, vor allem haben sich die Amsterdamer Kollegen tapfer gezeigt.

In dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind die übrigen Mandate restlos der Amsterdamer Richtung zugefallen. Auch in Sachen hat die APD. nichts erobern können bis auf einen einzigen Delegierten in Flauen. Die übrigen verteilen sich auf kleinere zusammengelegte Wahlabteilungen ohne besondere Bedeutung. Nach den vorliegenden Meldungen hat die APD. 28 Delegierte von insgesamt 187. Selbst wenn noch 1 oder 2 Delegierte hinzukommen, dann hätte die APD. höchstensfalls 30 Delegierte. Mit der „Eroberung“ des Verbandes ist also auch diesmal noch nichts.

Das allgemeine Ergebnis der Verbandswahlen ist eine ganz außergewöhnliche Niederlage der Kommunisten. Jetzt kommt es darauf an, aus diesen Wahlen die notwendigen Lehren zu ziehen und an all den Orten, die diesmal noch von der APD. „erobert“ wurden, alle Kräfte anzuspannen, um auch hier vernünftiger Gewerkschaftsarbeit den Boden zu bereiten.

### Die Wahlen in Frankfurt a. M.

Bei den Delegiertenwahlen zum Metallarbeiterverbandstag in Bremen entfielen die Hälfte der Gewerkschaften (Amsterdam) 2432 Stimmen, während die APD. 772 Stimmen aufbrachte.

### Die Wahlen im Bezirk Hannover.

Nach den von den Verwaltungsstellen eingegangenen Mitteilungen ist in Braunschweig der Kandidat der Amsterdamer Richtung mit großer Majorität gegen die Moskauer Richtung, trotz großer Anstrengung derselben, gewählt worden.

Die übrigen gewählten Delegierten der anderen Wahlabteilungen des Bezirks Hannover gehören sämtlich der Amsterdamer Richtung an.

### Der Keramische Bund.

Nachdem die Mitglieder des Glasarbeiterverbandes auf ihrem Verbandstage und die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes in einer Urabstimmung die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und die Bildung eines Keramischen Bundes innerhalb dieses Verbandes beschlossen haben, treten beide Beschlüsse am 1. August 1926 in Kraft.

Mit diesem Tage bzw. den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter ihre selbständige Gewerkschaftsarbeit und sehen sie nunmehr in der altgewohnten, energischen Weise im Rahmen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands fort. Sie werden mit den keramischen Gruppen des Fabrikarbeiterverbandes zu dem „Keramischen Bund“ vereinigt. Sitz dieser Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes ist das bisherige Verbandsbüro des Porzellanarbeiterverbandes in Berlin-Charlottenburg, Brahestr. 25.

Ihre Leitung, die gleichzeitig auch die Leitung des „Keramischen Bundes“ ist, legt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: Genosse Georg Wolmann vom Porzellanarbeiterverband; 2. Vorsitzender: Genosse Emil Girbig vom Glasarbeiterverband. Redakteur der Bundeszeitung „Keramischer Bund“, die an Stelle der „Ameise“ des Porzellanarbeiterverbandes und des „Fackelgenossen“ des Glasarbeiterverbandes erscheint, ist der bisherige Redakteur der „Ameise“, Genosse Edwin Renninger.

Der Verbandsvorstand des Fabrikarbeiterverbandes heißt seine neuen Mitglieder herzlich willkommen und verspricht, alles zu tun, um die gewerkschaftliche Arbeit in der neuen, größeren Organisation so erfolgreich wie möglich zu gestalten. Er ist überzeugt, daß es den vereinten Kräften gelingen wird, den Gesamtverband und den Keramischen Bund zu einem noch stärkeren Triebwerk des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges der Arbeiterklasse auszugestalten, als es die einzelnen Organisationen

waren. Er erwartet, daß die bisherigen Mitglieder der Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter auch in der gemeinschaftlichen Organisation ihre altbewährte gewerkschaftliche Tradition hochhalten werden. Opferwilligkeit und Ueberzeugungstreue sind die stärksten Tugenden der deutschen Arbeiterschaft. Werden sie auch in Zukunft von den Mitgliedern der vereinigten Verbände ausgeübt, dann ist die Verschmelzung in jeder Beziehung ein Fortschritt für die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Leitungen der Verbände der Fabrik-, Glas- und Porzellanarbeiter wissen sich einig in diesen Auffassungen und Erwartungen und gehen mit Zuversicht an ihre gemeinschaftliche Arbeit.

Damit verabschieden in der Liste der DGB-Verbände zwei alte Zentralverbände samt ihren im 53. und 42. Jahrgange erschienenen Verbandsorganen. Diese Liste wird allmählich noch kleiner werden, um so kleiner, je größer die Industrieorganisationen werden, bis der Konzentrationsprozeß der deutschen Gewerkschaften einen gewissen Abschluß gefunden hat.

Mit der Vergrößerung und Stärkung der Industrieorganisationen wächst ihre Macht und damit steigt auch ihre Verantwortung. Sind erst alle Verschmelzungspläne durchgeführt, die Grenzstreitigkeiten verschwunden, werden mehr Kräfte frei für die nachhaltige Erhellung und Disziplinierung der Unorganisierten.

Die „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit wird weitere Fortschritte machen, unbeirrt von allem hysterischen Geschrei und sich als revolutionär gebärdendem Getöse.

Die deutsche Arbeiterschaft erkennt mehr und mehr die Notwendigkeit und den Wert der jahrzehntelangen Kulturarbeit der freien Gewerkschaften und muß ihr um ihrer selbst willen zum vollen Erfolg verhelfen.

### Betriebsratwahlen bei der Wasserbauberwaltung.

Dulsburg, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlen der Hauptbetriebsräte für die preussische Wasserbauberwaltung führten zu folgendem Ergebnis: Freigewerkschaftliche Arbeiter 2801 (2038), freigewerkschaftliche Angestellte 226 (183), Wassertrahngewerkschaft 641 (726), Angestellte 102 (99). Die Wahlbeteiligung war im Jahre 1926 größer als im Vorjahre. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter haben ihre Stimmenzahl um 37 Proz. gesteigert. Bei der Verteilung der Sitze entfielen auf die freien Gewerkschaften vier Arbeiter- und zwei Angestellten Sitze. Die christlichen Gewerkschaften erhalten einen Arbeiter Sitz.

### Ründigungen im oberschleisischen Bergbau.

Gleiwitz, 1. Juli. (W.Z.) Die Bergarbeiterverbände haben das Abkommen über die Arbeitszeit im Bergbau und die Lohnsätze für die oberschleisischen Steinkohlengruben für Ende Juli jetzt tatsächlich gekündigt. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband der oberschleisischen Montanindustrie seinerseits den Manteltarif nebst Zulageabkommen über die Freistellung von Betriebsräten zum gleichen Termin gekündigt.

### Einigung in der Krefelder Metallindustrie.

Krefeld, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Krefelder Metallindustrie kam unter Mitwirkung des Schlichters eine Einigung zustande, die folgendes vorsieht: Der zum 1. August gefällige Tarifvertrag wird zu diesem Zeitpunkt mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß für das Urlaubsjahr 1926 der Urlaub mit 70 Proz. des Lohnausfalls vergütet wird. Der Anspruch richtet sich jeweils nach der Beschäftigung im Urlaubsjahr. Als Berechnungsgrundlage gilt der Zeitpunkt vom 1. April 1925 bis 1. April 1926.

### Internationale Tagung der Fabrikarbeiterverbände.

Kopenhagen, 1. Juli. (U.) Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände tagt seit Dienstag in Kopenhagen. Die russischen Fabrikarbeiter haben um Aufnahme in die Internationale Vereinigung nachgedacht. Es ist ihnen jedoch geantwortet worden, daß davon nur dann die Rede sein könne, wenn sie sich dazu verpflichten wollten, für den Anschluß des Spitzenverbandes der russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale zu wirken. Die drei anwesenden Vertreter des russischen Verbandes lehnten es ab, diese Verpflichtung zu übernehmen, wodurch die russischen Bestrebungen um die Mitgliedschaft scheiterten.

### Noch kein Ende des Bergarbeiterstreiks.

London, 1. Juli. (U.) Die inoffiziellen Friedensverhandlungen, die in den letzten Tagen von prominenten Persönlichkeiten wie Lord Londonderry und Lord Bimborn auf der einen Seite und den Arbeiterführern Henderson, Clynes, Hartshorn auf der anderen Seite unternommen wurden, haben bei den Bergarbeitern keine Gegenliebe gefunden. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter, der Mittwochabend London wieder auf unbestimmte Zeit verläßt, hielt am Mittwoch seine vorläufige letzte Sitzung ab. Der Hauptgegenstand der Besprechungen war die Frage der Rotstandsarbeiten in den Gruben. Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, daß die Rotstandsarbeiter in den Gruben verbleiben sollten, vorausgesetzt, daß sich die Grubenbesitzer an die in Streitfällen allgemein üblichen Vereinbarungen hielten. In einem Interview mit dem „Evening Standard“ wies der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft darauf hin, daß aus verschiedenen Grubenbezirken Berichte eingetroffen wären, nach denen dies nicht der Fall sei. Verschiedene Grubenbesitzer hätten ihre Beamten gezwungen, Kohlen zu fördern und sie zu verkaufen. In anderen Fällen habe man die Grubenangestellten die Rotstandsarbeiten verrichten lassen und den von der Bergarbeitergewerkschaft gestellten Rotstandsarbeitern den Zutritt zu den Gruben verweigert. Als Folge hiervon sei in verschiedenen Fällen überhaupt keine Rotstandsarbeit getan worden. Trotzdem sei eine allgemeine Zurückziehung der Rotstandsarbeiter nicht geplant, da dadurch auch diejenigen Grubenbesitzer getroffen würden, die sich an die Vereinbarungen hielten. Die Tatsache, daß die Mitglieder des Vollzugsausschusses London wieder verlassen, weist darauf hin, daß mit amtlichen Verhandlungen in der nächsten Zeit kaum zu rechnen ist. Der „Star“ weist darauf hin, daß der Bergarbeiterstreik im Jahre 1921 drei Monate gedauert habe. Sein Verlauf sei fast identisch gewesen mit dem gegenwärtigen Konflikt, jedoch mit dem Unterschied, daß die Bergarbeiter heute eine Liebergabe einmütig ablehnten.

Der Kusnahmestand wird um einen weiteren Monat verlängert.

# Wirtschaft

## Eine Abfuhr für Cassel.

### Um die internationale Regelung der Arbeitszeit.

Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel veröffentlichte vor kurzem in der „Sozialen Praxis“ einen Aufsatz, worin er gegen die internationale Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen seine Stimme erhob. Mit Rücksicht auf die bekannte Persönlichkeit Cassels hat dieser Aufsatz großes Aufsehen hervorgerufen und veranlaßt eine Anzahl von Gelehrten, sich mit Cassels Ausführungen auseinanderzusetzen. Zuerst wurde Cassel von Ugo Brentano eine energische Abfuhr erteilt. Im letzten Heft der „Sozialen Praxis“ übt Professor Emil Lederer eine vernichtende Kritik über Cassels Argumente. Professor Lederer gelang es, restlos nachzuweisen, daß Cassel „von seinem theoretischen Geist diesmal vollkommen verlassen war.“

Beshalb fordern die Arbeitnehmer die internationale Regelung der Arbeitszeit? Vor allem deshalb, weil die Unternehmer nie aufhören, die Arbeitszeitverkürzung mit dem Hinweis auf längere Arbeitszeit in anderen Ländern zu belämpfen. So müssen die Arbeitnehmer schon aus diesem Grunde ein internationales sozialpolitisches Minimum fordern, das Weiterentwicklung in den einzelnen Ländern nicht hindert. Für Cassel ist die internationale Regelung der Arbeitszeit sinnlos, weil die einzelnen Völker einen verschiedenen „Arbeitsakt“ haben und außerdem erscheint sie ihm als kurzfristig in Hinsicht auf die „Gesamtproduktivität“ der Welt. Unter diesem Gesichtspunkt sei es für ein Volk immer vorteilhaft, wenn ein anderes länger arbeite. Was nun die Gesamtproduktivität anbelangt, so zeigt Professor Lederer, wie sie in der heutigen Weltwirtschaft überhaupt nicht ausgenutzt wird. „Die produktivsten Organisationsformen sind nicht imstande, die vorhandenen Produktivkräfte unterzubringen. Wir arbeiten mit Kurzarbeit, nicht nur in Deutschland, und Cassel behauptet, daß es uns allen besser ginge, wenn der Arbeitstag nur länger wäre.“

Vertäulich ist Cassels Darstellung, der zufolge die Völker mit ungleicher Arbeitszeit in verschiedenen Produktionszweigen tätig sind. In Indien, Japan, China ist in erster Linie eine große Textilindustrie entstanden als Konkurrenz zur englischen, und in einer Anzahl von Ländern entstehen neue Schwerindustrien. Die Bestrebung der Industriemächte geht dahin, möglichst alle Industrien im eigenen Land zu entwickeln. Da Cassel in solchen Fällen, in denen verschiedene lange Arbeitszeiten in der gleichen Industrie verschiedener Länder herrschen, eine überlegene Konkurrenz der Betriebe mit längerer Arbeitszeit annimmt, so müßte er nun seinem eigenen Standpunkt aus gerade für internationalen Arbeiterschutz sein.

In der Wirklichkeit verhält sich die Sache anders: Die Arbeitszeit ist nur ein Bestandteil in der Kostenrechnung, sie ist nur bei gleicher Arbeitsintensität, bei gleicher Kapitalintensität und bei gleichen Löhnen ausschlaggebend. Die Veränderung der Arbeitszeit hat aber die Tendenz, die anderen Produktionselemente mit zu verändern, vor allem die Arbeitsintensität und die Maschinenintensität. Gerade die Verkürzung der Arbeitszeit war in der Geschichte der Industrie der wichtigste Antrieb, um dieselben Produktionsmengen auf anderem Wege als bisher, d. h. mit stärkerer Maschinenanwendung und kürzerer Arbeitszeit zu erzeugen. Es ist sinnlos, Arbeitszeitverkürzung und Produktionsbeschränkung gleichzusetzen, wie dies Cassel tut. Ein Kartell wird in der Tat die Produktion einschränken, d. h. eine verringerte Menge von Waren auf den Markt bringen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit dagegen war bisher noch nie die Ursache von dauernder Produktionsminderung. Lederer verspottet zum Schluß die Theorie, welche den Arbeitnehmern nahe legen will, daß Sozialpolitik im Ausland ihnen nichts nütze und Sozialpolitik im Inland verwerfliche Einschränkung der Produktion sei, ebenso wie die Theorien, denen zufolge „jede Ueberstunde heilige Pflicht gegenüber dem Gesetz der Wirtschaftsordnung“ ist, wie jede Stunde erzwungener Feiern von den Arbeitern geduldet als „unentbehrlicher Reibungswiderstand“ des ökonomischen Prozesses hingenommen werden muß. Daß sie selbst aber als „Produktionselemente“ es sich nicht einfallen lassen mögen, die „ehernen Gesetze der Wirtschaft“ zu stören.

Die Maschinen werden rasch zum alten Eisen geworfen. Die ungeheure Entwicklung der Maschinentechnik bringt es mit sich, daß die Benutzungsdauer der Maschinen immer kürzer wird, indem sie durch neue und noch modernere ersetzt werden müssen. Gegenwärtig ist zum Beispiel der amerikanische Markt mit ausgemusterten Maschinen geradezu überschwemmt. Zum Teil werden diese Maschinen auch zu sehr billigen Preisen ausgeführt, zum Teil werden sie sogar verschrottet. Diesen Prozeß entsprechend müssen die Unternehmungen aus ihren Gewinnen riesige Abschreibungen vornehmen. Das amerikanische Gesetz gestattet jedoch nur eine Abschreibung von höchstens 10 Proz. der Anlagewerte. Bei der jüngst stattgefundenen Generalversammlung der Fahrrad- und Transmissionsunternehmen hat der Vorsitzende dieses Verbandes den Mitgliedern vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die rapiden Veränderungen des Produktionsapparates jährlich mindestens 25 Proz. abzuschreiben und eine dementsprechende Verringerung des Gesetzes zu erwirken. Der ganze Betriebsapparat soll sich demzufolge in vier Jahren amortisieren. Allerdings dienen die großen Abschreibungen nicht nur der tatsächlichen Abnutzung, sondern sie sollen auch zur Vermehrung der stillen Reserven und damit zur Vergrößerung der Kapitalmacht der betreffenden Unternehmungen beitragen.

Eine internationale Warenhaus-Einkaufsgemeinschaft? Zwischen der in den Vereinigten Staaten eine führende Rolle spielenden American Retailers Association und der Leonhard Tietz A.-G. in Köln bzw. den französischen Magasins Réunis in Paris ist laut New Yorker Kabelbericht des „Konfektionär“, ein Abkommen geschlossen worden, durch das die europäischen und amerikanischen Warenhauskonzerne die gegenseitige Einkaufsvertretung übernehmen.

Verantwortlich für Politik: Graf Bernier; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlers; Realitäten: Dr. John Schömann; Politik und Soziologie: Frau Reichardt; Anzeigen: Ed. Heide; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Am 29. Juni, nachm. 6 1/2 Uhr, verstarb im 78. Lebensjahre nach mehrmonatigem Schmerzenslager mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Schwager, der ehemalige Gewerkschaftsangehörige **Andreas Bode**. Die Einäschung findet am Samstag, den 3. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im Krematorium Heimgartenweg statt. Berlin-Oberhanselstraße, 30. Juni. Deustroße 2. Frau **Elise Bode geb. Scholz**.

**100 MARK**  
Gültungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. versch. fertigt seit 48 Jahr. als Spezialität **Conrad Müller** Schenkowitz-Leipzig

**Mieten Sie von uns**  
Gasherd  
Gas-Kocher  
Brat- u. Backöfen  
In sechs Monaten  
**Ihr Eigentum**  
Auf Wunsch Sonden-Prospekt  
**P. Raddatz & Co.**  
Berlin 94, Leipzigerstr. 122-124

**„OPEL“**  
Fahrräder  
Die Weltmarke  
Nur 3 Mr. Teilzahl  
Vorführung kostenlos  
**SHERLOCK-GES. m. b. H.**  
OPEL-NIEDERLAGE  
Alexanderstr. 27a, II. Hof, Tel. KgSt. 9810-12

**Krause-Pianos zur Miete**  
Ansbacher Str. 1, 1. Stockwerk  
**Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche** haben abzugeben  
**Gebr. Holzinger,**  
Tel. Neukölln 645-47

**Elektr. Staubsauger**  
bei monatlicher Teilzahlung von Mark 10.—  
Die besten Fabrikate  
Verkaufspreis . . . . . 120 M.  
1 Jahr Garantie.  
Vorführung u. Vertro. erbesch kostlos!  
**Sherlock-Gesellschaft m. b. H.**  
(Abteilung Staubsauger)  
Alexanderstraße 27a  
Königsplatz 5610, 5611, 5612

**Ischias**  
Die Einheilung findet am Samstag, den 3. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im Krematorium Heimgartenweg statt. Berlin-Oberhanselstraße, 30. Juni. Deustroße 2. Frau **Elise Bode geb. Scholz**.

**Straueripenden**  
über 100 Jahre  
**Paul Gollets**  
normaler Ischias  
Marianenstr. 3  
amt. Str. 10008